



WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG ANTI-NATO PROTEST AUF DER KRIM

■ ANALYSE	
Die Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine: Krise in orange? Heiko Pleines, Bremen	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Statistiken zur ukrainischen Wirtschaft	5
<hr/>	
■ PRESSESTIMMEN	
Der Konflikt um amerikanische Reservisten auf der Krim	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 23. Mai bis zum 12. Juni 2006	10

*Die nächste Ausgabe erscheint am 27.6. 2006.
Thema wird das soziale Sicherheitssystem der Ukraine sein.*

Analyse

Die Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine: Krise in orange?

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Die Ukraine erlebte von 2000 bis 2004, also genau in der zweiten Amtszeit von Präsident Leonid Kutschma, einen dynamischen Wirtschaftsboom, in dessen Verlauf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 50% wuchs. Nach dem Machtgewinn der Opposition unter Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko in Folge der Orangen Revolution geriet die Wirtschaft hingegen ins Stocken. Das Wachstum ging von 12% im Jahre 2004 auf nur noch 3% im letzten Jahr zurück. Prognosen für die kommenden Jahre erwarten keine Verbesserung.

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums ist einerseits eine normale Abkühlung nach einem extremen Boomjahr. Zum anderen haben aber sowohl die Wirtschaftspolitik als auch die Wirtschaftskonflikte mit Russland zu einer Verschlechterung der Lage beigetragen. In beiden Bereichen stimmen auch die Zukunftsaussichten eher pessimistisch. Die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Aufholjagd gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern ist damit wieder in weitere Ferne gerückt.

Einleitung

Die Ukraine erlebte von 2000 bis 2004, also genau in der zweiten Amtszeit von Präsident Leonid Kutschma, einen dynamischen Wirtschaftsboom, in dessen Verlauf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 50% wuchs. Nach dem Machtgewinn der Opposition unter Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko in Folge der Orangen Revolution geriet die Wirtschaft hingegen ins Stocken. Das Wachstum ging von 12% im Jahre 2004 auf nur noch 3% im letzten Jahr zurück. Einen Überblick über die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft gibt Tabelle 1 auf Seite 5.

Die Prognosen gehen für die nächsten beiden Jahre nicht von einer nachhaltigen Besserung aus. Aus Sicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die Ukraine, die 2004 noch das höchste Wachstum in ganz Europa auswies, in diesem Jahr bereits Schlusslicht unter den post-sozialistischen Volkswirtschaften sein. Einen Überblick über verschiedene Prognosen gibt Tabelle 2 auf Seite 5.

Dieser drastische Rückgang des Wirtschaftswachstums ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, die im folgenden vorgestellt werden sollen.

Normale Abkühlung

Nach einer Phase dynamischen Wachstums folgt in der Regel eine gewissen Abkühlung der Konjunktur. Die Fälle, in denen industrialisierte Volkswirtschaften über mehr als fünf Jahre dynamisch gewachsen sind, lassen sich in der Wirtschaftsgeschichte an zwei Händen abzählen. Insofern ist der Wachstumsrückgang in der Ukraine ein Stück Normalität.

Durch das Wachstum der Jahre 2000 bis 2004 waren die vorhandenen Produktionskapazitäten voll ausgelastet worden. Weiteres Wachstum fordert damit neue Investitionen, deren Realisierung häufig einige Zeit braucht. Auch auf dem Arbeits- und dem Geldmarkt kommt es durch starkes Wachstum zu Spannungen, die erst wieder abgebaut werden müssen.

Bezogen auf China, eines der wenigen Länder, dass seit etlichen Jahren dynamisches Wachstum verzeichnet, ist deshalb bei vielen Analysten die Angst vor einer Überhitzung fast schon größer als die vor einer vorübergehenden Abkühlung. Russland, das weiterhin von hohen Erdölpreisen profitiert, verzeichnete in den letzten beiden Jahren genau wie die Ukraine eine Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung. Der Einbruch in der Ukraine ist jedoch deutlich drastischer, was im wesentlichen auf außenwirtschaftliche und politische Faktoren zurückzuführen sein dürfte.

Abhängigkeit vom Weltmarkt

Die ukrainische Wirtschaft ist ähnlich wie die russische stark abhängig von Rohstoffexporten. Während Russland aber zum einen vorrangig Erdöl und Erdgas exportiert und zusätzlich Stahl und eine ganze Reihe von Buntmetallen produziert, ist die Ukraine vor allem auf die ostukrainische Schwerindustrie ausgerichtet und damit weniger diversifiziert. Eisen und Stahl in Rohform oder verarbeitet haben einen Anteil von über 40% an den ukrainischen Exporten.

Das Wachstum der ukrainischen Wirtschaft wurde so zu einem großen Teil von steigenden Weltmarktpreisen für Stahl getragen. Während der Stahlpreis im Boomjahr 2004 um über 50%

anstieg, ging er 2005 um etwa ein Viertel zurück. Steigende Energiepreise erhöhten dabei gleichzeitig die Produktionskosten der ostukrainischen Stahlproduzenten. Dies bedeutete eine erhebliche Belastung für den zentralen Wirtschaftsmotor.

Hinzu kommt, dass die Landwirtschaft mit immer noch über 10% einen erheblichen Anteil an der ukrainischen Volkswirtschaft hat. Aufgrund eines vergleichsweise geringen Modernisierungsgrades ist sie stark wetterabhängig. Wie Tabelle 1 auf Seite 5 zeigt, führt dies zu extremen Produktionsschwankungen, die auch auf das BIP durchschlagen. Im Boomjahr 2004 stieg die Agrarproduktion so um fast 20% gegenüber dem Vorjahr, das von einer Missernte geprägt war.

Orange Hoffnungen

Die Orange Revolution hatte mit ihrer Forderung nach Demokratie, nach freien Wahlen und freien Medien, vorrangig eine politische Orientierung. Sie war aber auch ein Protest der Kiewer Mittelschicht und der westukrainischen Wirtschaft gegen die Bevorzugung von Oligarchen und ostukrainischer Schwerindustrie unter Präsident Kutschma. Die Hoffnung vieler war dabei, das eine Ende der korrupten Beziehungen zwischen Großindustrie und Politik neue Wachstumsdynamik freisetzen würde. Begründet wurde dies damit, dass ohne Korruption mehr Wettbewerb herrschen würde und das Land für ausländische Investoren attraktiver würde. Viele verwiesen auch darauf, dass der ukrainische Wirtschaftsboom im Jahre 2000 begann als Viktor Juschtschenko Ministerpräsident war und Julia Timoschenko seine Stellvertreterin.

Die Auseinandersetzung mit der Korruption der Kutschma-Zeit führte aber zu einer nachhaltigen Blockade in der Wirtschaftspolitik. Insbesondere Timoschenko als neue Ministerpräsidentin verfolgte vermutete Vergehen ohne Rücksicht auf aktuelle Konsequenzen. Ihr Versuch, die manipulierten Privatisierungsauktionen rückgängig zu machen, verhinderte nicht nur neue Privatisierungen sondern legte durch langfristige juristische Unsicherheit auch etliche Firmen lahm und wirkte damit negativ auf das Investitionsklima. Die Maßnahmen gegen Sonderwirtschaftszonen, die zu Steuerhinterziehung missbraucht wurden, trafen auch ehrliche Unternehmen sowie ausländische Investoren, denen ihre Privilegien langfristig zugesichert worden waren.

Hinzu kam, dass häufig der Eindruck entstand, Timoschenko, die in den 1990er Jahre selber zum Kreis der großen korrupten Oligarchen zählte, sei auf einem persönlichen Rachefeldzug gegen diejeni-

gen, die ihre wirtschaftliche und politische Karriere anschließend behindert hatten. Gleichzeitig reagierte Timoschenko auf wirtschaftliche Probleme zunehmend interventionistisch, indem sie zum Beispiel einen Preisstopp für Benzin verfügte, der prompt zu Lieferengpässen führte. Trotz des deutlich zurückgehenden Wirtschaftswachstum kürzte die Regierung Investitionen, um Zahlungen an die Bevölkerung in Form von Gehältern, Renten und Sozialleistungen erhöhen zu können.

Die Chance das Jahr bis zu den Parlamentswahlen für nachhaltige Reformen zu nutzen, war damit bereits vertan, als Timoschenko im Herbst von Präsident Juschtschenko aus ihrem Amt entlassen wurde. Aber auch Juschtschenko und sein neuer Ministerpräsident Juri Jechanurow vermochten es nicht, der Wirtschaftspolitik neue Impulse zu versetzen. Erfolgreiche Investitionen aus dem Ausland blieben die Ausnahme. Die Übernahme des größten ukrainischen Stahlwerks durch die indische Mittal-Gruppe brachte zwar die Privatisierungseinnahmen und die ausländischen Investitionen 2005 auf neue Rekordmarken, ist aber klar als Einzelfall zu sehen. Stattdessen wurde der eskalierende Wirtschaftsstreit mit Russland zu einer neuen Belastung.

Wirtschaftskonflikte mit Russland

Da die russische politische Führung um Präsident Vladimir Putin offen Juschtschenkos als pro-russisch gesehenen Gegenkandidaten Viktor Janukowitsch unterstützt hatte, sah sie die Orange Revolution als geopolitische Niederlage. Auf derartige Niederlagen reagiert die russische Außenpolitik insbesondere in der GUS traditionell eher mit der Peitsche als mit Zuckerbrot. Gleichzeitig begann der staatlich kontrollierte russische Erdgaskonzern Gazprom eine auch wirtschaftlich motivierte Anpassung seiner Exportpreise innerhalb der GUS an das Weltmarktniveau.

Ergebnis dieser Konstellation war ein eskalierender Wirtschaftskonflikt zwischen der Ukraine und Russland. Da die Ukraine in der zweiten Jahreshälfte 2005 die von Gazprom geforderte Preiserhöhung um über 200% ablehnte, reagierte der Konzern zum Jahresanfang mit einem Lieferstopp. Aufgrund des Druckes seiner EU-Kunden, die durch die Ukraine beliefert werden, konnte Gazprom den Stopp aber nicht aufrechterhalten. Relativ schnell wurde eine Preiserhöhung um knapp 100% für die erste Jahreshälfte 2006 als Kompromiss ausgehandelt.

Auf Nebenschauplätzen geht der Wirtschaftskonflikt aber weiter. So gibt es seit Herbst 2005 zwischen Russland und der Ukraine einen Handelskrieg, in dessen Verlauf immer wieder unterschiedliche

Produkte mit Einfuhrverboten belegt werden. Die Ukraine behinderte so unter Anti-Dumping Vorbehalten den Import von Holzfasertafeln und Streichhölzern aus Russland. Russland wiederum verbot unter verschiedenen Vorwänden den Import von verschiedenen Stahlröhren, Eisenerzkonzentrat, Drahtseilen, Kugellagern und tierischen Erzeugnisse aus der Ukraine.

Der höhere Erdgaspreis, der auch zu höheren Strompreisen führt, belastet den bisherigen Wachstumsmotor, die energieintensive Schwerindustrie der Ostukraine, erheblich. Ebenso betroffen ist die chemische Industrie des Landes. Indirekt verlieren auch die Zulieferer dieser Branchen. Einer Studie des Kiewer Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung zufolge, dürfte die Preiserhöhung kumulativ einen Rückgang des BIP um über 5% bewirken. Hinzu kommt, dass die Preiserhöhung die Inflation anheizt und, da sie nicht sofort voll an die Verbraucher weitergegeben wird, auch die Staatsfinanzen belastet.

Die Stimmung im Lande

Trotz dieser Belastungen geht der Boom für die Bevölkerung weiter. Der (steuerpflichtig gezahlte) monatliche Durchschnittslohn eines abhängig beschäftigten Ukrainers stieg von 42 Dollar im Jahre 2000 auf 111 Dollar im Jahre 2004. Letztes Jahr lag er bereits bei 157 Dollar. Selbst wenn ein Teil des Anstiegs auf die Reduzierung schwarzer Zahlungen zurückzuführen ist, sind doch insgesamt die Konsumausgaben der privaten Haushalte deutlich angestiegen. Sie tragen derzeit das noch verbliebene Wirtschaftswachstum. Die Renten sind seit 2000 ebenfalls jedes Jahr real gestiegen und verzeichneten zum Jahresbeginn 2005 den bisher höchsten Anstieg. Dies bedeutet eine reale Verdoppelung seit 2002.

Dabei zeigt der vom Kiewer Institut für Politikstudien auf Grundlage repräsentativer Umfragen nach GfK-Methodik erstellte Index des Konsumentenvertrauens eine wachsende Diskrepanz zwischen finanzieller Lage und Stimmung der Bevölkerung. Während einerseits die Wirtschaftsperspektiven zunehmend negativ gesehen werden, wächst andererseits die persönliche Bereitschaft zu Konsumausgaben kontinuierlich. Hier besteht allerdings das Risiko, dass im Zuge weiterer Krisen auf Konsum zugunsten von Rücklagen verzich-

tet wird und damit auch der letzte Wachstumsmotor wegbriecht.

Ausblick

Im ersten Quartal dieses Jahres wuchs die ukrainische Wirtschaft um gerade einmal 2,4%. Die Inflation lag bereits bei 9%, obwohl die Erhöhung des Erdgaspreises vom Januar bisher nur teilweise an die Verbraucher weitergegeben wurde. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums führte zum Rückgang der Steuereinnahmen, die gut 20% unter dem Haushaltsansatz lagen. Gleichzeitig setzte sich das dynamische Wachstum der Einnahmen privater Haushalte fort. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen sie um etwa ein Viertel.

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums ist einerseits eine normale Abkühlung nach einem extremen Boomjahr. Zum anderen haben aber sowohl die Wirtschaftspolitik als auch die Wirtschaftskonflikte mit Russland zu einer Verschlechterung der Lage beigetragen. In beiden Bereichen stimmen die Zukunftsaussichten eher pessimistisch.

Die drei Parteien des orangenen Lagers haben es in den über zwei Monaten seit dem Ende der Parlamentswahlen nicht geschafft, sich auch nur im Prinzip auf eine Koalition zu einigen. Gleichzeitig dürfte eine erneute Ernennung von Julia Timoschenko zur Ministerpräsidentin innerhalb einer Koalitionsregierung auch keine klaren Reformen im Bereich der Wirtschaftspolitik erwarten lassen. Politische Unsicherheit dürfte also die Wirtschaft weiter belasten.

Dies gilt insbesondere, wenn Gazprom seine Ankündigung wahr macht, bereits für die zweite Jahreshälfte die Lieferpreise für die Ukraine erneut deutlich zu erhöhen. Dies würde nicht nur zu einer weiteren finanziellen Belastung für Industrie und private Haushalte führen, sondern dürfte auch eine neue Runde im Handelskrieg zwischen den beiden Ländern auslösen.

Die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Aufholjagd der Ukraine gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern ist damit wieder in weitere Ferne gerückt. Wie Tabelle 3 auf Seite 7 zeigt, liegt die Ukraine bezogen auf die Wirtschaftskraft pro Kopf nicht nur deutlich hinter den neuen EU-Mitgliedsländern sondern auch hinter Russland.

Über den Autoren

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen und leitender Redakteur der Ukraine-Analysen.

Lesetipps:

Aktuelle Informationen und Analysen zur Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft liefert in englischer und ukrainischer Sprache das Kiewer Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung: www.ier.kiev.ua

Tabellen und Grafiken zum Text

Statistiken zur ukrainischen Wirtschaft

Tabelle 1: Die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft: Zentrale Kennzahlen 1996 – 2005

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
BIP (Veränderung zum Vorjahr)	- 10%	- 3 %	- 2%	0%	6%	9%	5%	9%	12%	3%
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr)	- 5%	0%	- 1%	4%	13%	14%	7%	16%	13%	3%
Agrarproduktion (Veränderung zum Vorjahr)	- 10%	- 2%	- 10%	- 7%	10%	10%	1%	- 11%	19%	0%
Inflationsrate (Verbraucherpreise)	40%	10%	20%	19%	26%	6%	- 1%	8%	12%	10%
Saldo des konsolidierten Staatshaushalts (in % des BIP)	- 5%	- 7%	- 2%	- 2%	1%	0%	1%	0%	- 3%	- 2%
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	21%	19%	38%	50%	33%	26%	25%	17%	19%	10%
Wechselkurs zum US-Dollar	1,83	1,86	2,45	4,13	5,44	5,37	5,33	5,33	5,31	5,12
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	- 3%	- 3%	- 3%	5%	5%	4%	8%	6%	11%	3%
Ausländische Direktinvestitionen (netto, in Mrd. US-Dollar)	0,5	0,6	0,7	0,5	0,6	0,8	0,7	1,4	1,7	6,5
Durchschnittslohn (US-Dollar pro Monat)	76	85	71	47	42	58	71	94	111	157

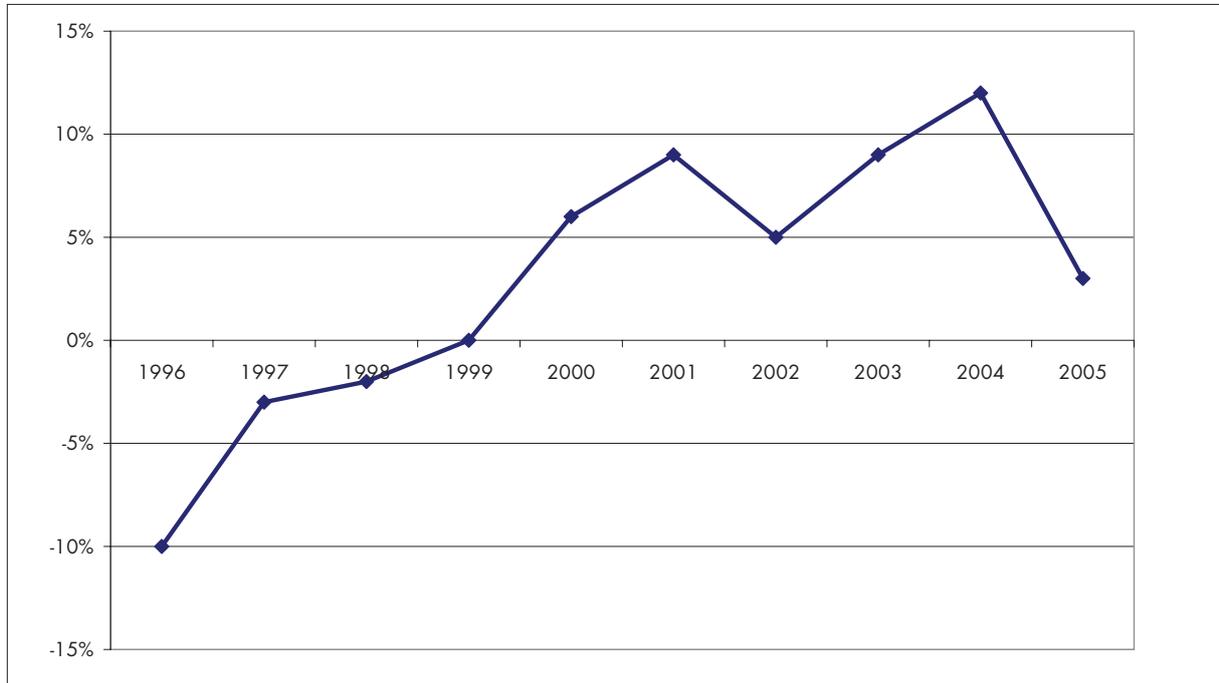
Quellen: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik (www.ukstat.gov.ua); Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiev (www.ier.kiev.ua)

Tabelle 2: Prognosen für das ukrainische Wirtschaftswachstum 2006 und 2007

	2004	2005	2006	2007
IMF	12,1%	2,6%	2,3%	4,3%
IER	12,1%	2,6%	2,2%	3,7%
BMI	12,1%	2,6%	3,0%	4,0%
ICPS	12,1%	2,6%	3,8%	4,5%

Quellen: IMF – International Monetary Fund (Washington): World Economic Outlook April 2006, www.imf.org; IER - Institute for Economic Research and Policy Consulting (Kiev): Macroeconomic Forecast Ukraine May 2006 - www.ier.kiev.ua; BMI – Business Monitor International (London), Emerging Europe Monitor (Russia & CIS) June 2006; ICPS – International Center for Policy Studies (Kiev): Quarterly Predictions March 2006.

Grafik 1: Das ukrainische Wirtschaftswachstum 1996–2005
 BIP (Veränderung zum Vorjahr)



Grafik 2: Das ukrainische BIP im internationalen Vergleich

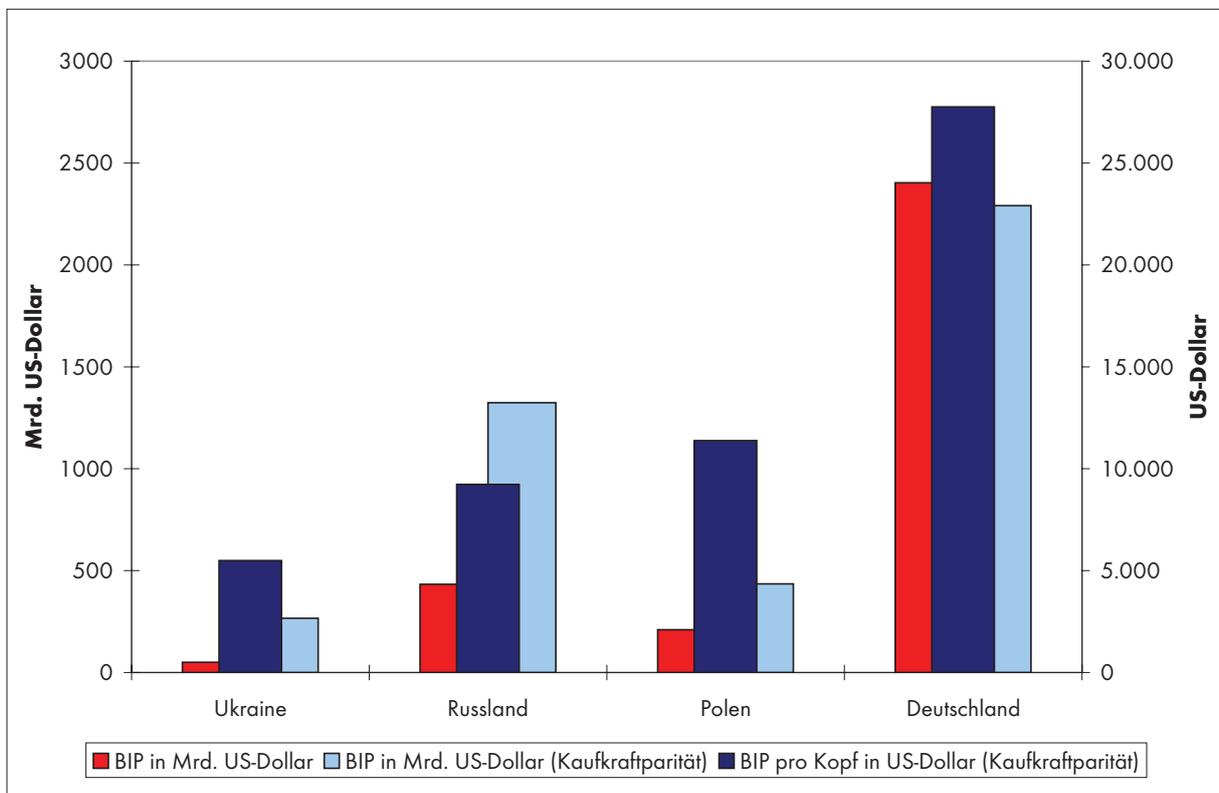


Tabelle 3: Die ukrainische Wirtschaft im internationalen Vergleich

	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Produktion				
BIP in Mrd. US-Dollar	50	433	210	2.403
BIP in Mrd. US-Dollar (Kaufkraftparität)	266	1.324	435	2.291
BIP pro Kopf in US-Dollar (Kaufkraftparität)	5.491	9.230	11.379	27.756
BIP-Wachstumsrate 1990–2003, pro Jahr	- 4,7%	- 1,5%	4,2%	1,3%
Geld und Finanzen				
Staatsausgaben für Bildung (als Anteil am BIP)	5,4%	3,8%	5,0%	4,6%
Staatsausgaben für das Gesundheitswesen (als Anteil am BIP)	3,3%	3,5%	4,4%	8,6%
Ausgaben für Forschung & Entwicklung (als Anteil am BIP)	0,9%	1,0%	0,7%	2,5%
Außenwirtschaft				
Exporte (als Anteil am BIP)	53%	32%	21%	36%
Importe (als Anteil am BIP)	48%	21%	26%	32%
Ausländische Direktinvestitionen (als Anteil am BIP)	2,9%	1,8%	2,0%	k.A.
Anteil an den weltweiten Rüstungsexporten (1998–2002)	2,9%	22,4%	0,3%	5,4%
Ökologie				
Anteil am weltweiten CO ₂ -Ausstoß	1,6%	6,1%	1,3%	3,3%
Stromverbrauch pro Kopf (in Kwh)	2.293	4.181	2.511	5.963
Energieverbrauch pro BIP-Einheit (Kaufkraftparität)	0,7	0,6	0,25	0,16
Soziales				
Arbeitslosenquote	10,1%	9,0%	19,6%	9,1%
Bevölkerungsanteil mit einem Tageseinkommen von weniger als 4 US-Dollar (1996–99)	25%	53%	10%	0%
Anteil der reichsten 20% am Gesamtkonsum	38%	39%	42%	37%
Gesundheit				
Lebenserwartung	66,1	65,3	74,3	78,7
Bevölkerungsanteil mit gutem Zugang zu Medikamenten	50–79%	50–79%	80–94%	95–100%
Anteil der Tuberkulose-Kranken an der Bevölkerung	0,133%	0,157%	0,034%	0,007%

Quelle: UNDP Human Development Report 2005

Pressestimmen

Der Konflikt um amerikanische Reservisten auf der Krim

Der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko und die ukrainische Regierung bemühen sich intensiv um eine Annäherung an die NATO. In diesem Zusammenhang streben sie auch eine Beteiligung des Landes am NATO-Manöver Seebrise-2006 an. Das Parlament, dass alle Truppenbewegungen auf ukrainischem Territorium im Einzelfall genehmigen muss, lehnte die ukrainische Beteiligung allerdings im Februar 2006 ab.

Die ukrainische Regierung erklärte, die Zustimmung des Parlaments zum Manöver, das am 18. Juli beginnen soll, zu einem späteren Zeitpunkt einholen zu wollen. Da die Schaffung einer Mehrheit im neuen Parlament sich aber hinzieht und die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Sozialisten dem ukrainischen NATO-Beitritt kritisch gegenüberstehen, hat das Parlament die Teilnahme am Manöver noch nicht genehmigt.

Die ukrainische Regierung begann trotzdem mit den Vorbereitungen zur Teilnahme am Manöver. In diesem Zusammenhang landete am 27.5.2006 ein von der US-Marine gechartertes Transportschiff im Hafen Feodosija. Das Schiff hatte Baumaterial für Truppenunterkünfte sowie leichte Waffen zur Verwendung im Manöver an Bord. Gleichzeitig wurden insgesamt 200 US Marine-Reservisten auf die Krim gebracht, um beim Aufbau der Truppenunterkünfte zu helfen.

Auf der Krim beginnen daraufhin Proteste gegen die Anwesenheit amerikanischer Soldaten. Am 29.5. initiieren Vertreter der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des Blocks Witrenko eine mehrtägige Blockade des Hafens von Feodosija. An der Blockade beteiligen sich zeitweise mehrer Hundert Menschen. In einer Sondersitzung erklärt der Stadtrat Feodosija zu einer NATO-freien Zone.

Am 2.6. protestieren Demonstranten mit Straßenblockaden gegen die Anreise amerikanischer Marine-Reservisten. Die Sozialisten, die derzeit an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind, fordern gemeinsam mit den Oppositionsparteien die Entlassung des Verteidigungsministers, dem sie Kompetenzüberschreitung und die Anheizung politischer Konflikte vorwerfen. Am 6.6. erklärt das Parlament der Krim die autonome Region zur NATO-freien Zone. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass dies nichts an der vereinbarten Kooperation mit der NATO ändern werde.

In Anbetracht der Tatsache, dass über die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung die NATO-Mitgliedschaft des Landes eindeutig ablehnt, hat dies erhebliche politische Brisanz. Einen Überblick über verschiedene Positionen zum Konflikt geben die folgenden internationalen Pressestimmen.

Zerkalo Nedeli (Kiew), 3.6.2006

Feodosia, Krim: Rechtsfreie Zone (Von Tatjana Silina)

Die Show in Feodosia wurde von ausländischen Regisseuren professionell organisiert und von den örtlichen Menschenmengen zuverlässig aufgeführt. Wieder einmal zeigte sich der schwache Wille, der fehlende Professionalismus und die Verleugnung nationaler Interessen durch die ukrainischen Behörden. Bisher haben alle Teile der Regierung nur ihr besonderes Talent demonstriert, aus allem, was sie anfassen eine Katastrophe zu machen.

Dies ist nicht das erste internationale Manöver in der Ukraine. Das Seebrise Manöver zum Beispiel findet hier seit 1997 statt. [...] Dieses Jahr wird Russland zusammen mit 16 weiteren Ländern an Seebrise-2006 teilnehmen und russische Vertreter waren bei der Vorbereitungskonferenz dabei. [...]

Es gibt einfache Fragen an diese Demonstranten und ihre Progressiv-Sozialistischen, Kommunistischen und Regionalen [gemeint ist die Partei der Regionen] Regisseure: Wo wart ihr im letzten März, als das russische Kampfschiff Nikolai Filtschenkow illegal die ukrainische Grenze überquerte und Marinesoldaten in Kerch absetzte, ohne die ukrainischen Behörden auch nur zu fragen? Warum habt ihr nicht protestiert, als russische Kampfeinheiten eine ungenehmigte Übung auf der Krim durchführten? [...]

Kann die Ukraine noch als berechenbarer, konsequenter und zuverlässiger Partner gesehen werden? Ist die Ukraine bereit, die Staaten, die es zum Manöver eingeladen hat, für die entstandenen Vorbereitungskosten zu entschädigen?

Macht es noch Sinn über die den NATO Membership Action Plan für die Ukraine zu reden, oder gar von einer Mitgliedschaft, wenn die ukrainischen Behörden nicht einmal in der Lage sind Routinemanöver vorzubereiten, die jährlich abgehalten werden und lange im Voraus geplant werden? [...]

RTR (zweiter russischer Fernsehkanal), 1.6.2006

10 Uhr Nachrichten (nach BBC Monitoring Service)

[Nachrichtensprecher] Und nun nach Feodosija, wo Demonstranten vor einer Stunde eine große Aktion gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO gestartet haben. Delegationen von den großen Städten des Landes haben die örtlichen Demonstranten verstärkt. Die Proteste gewinnen täglich an Momentum, während der Rücktritt der ukrai-

nischen Führung verlangt wird. Unsere Korrespondentin Maria ist auf der Krim. Maria wie gross ist das Treffen und was sind die Slogans?

[Korrespondentin] Hunderte Menschen hier im Hafen von Feodosija alle Ausgänge blockiert, um den Abtransport von Containern mit Waffen, Munition und amerikanischer Militärtechnik zu verhindern. Präsident Viktor Juschtschenko hat einen Erlass über gemeinsame Manöver der Ukraine mit den USA unterzeichnet. Aber ob sie stattfinden werden, hängt jetzt vom ukrainischen Parlament ab. [...] Der erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Krim, Leonid Grach, ist jetzt im Hafen von Feodosija. Dies hat er unserer Fernstation gesagt:

[Grach] Unser heutiger Protest soll nicht nur unser Territorium schützen, unsere nationale Einheit und die nationale Sicherheit der Ukraine, er ist eine Botschaft, auch an die russische Bevölkerung, dass wir Slawen uns vereinigen müssen. Heute müssen wir die Amerikaner zurückweisen [cut in der Satzmitte].

FAZ (Frankfurt/M.), 8.6.2006, S.10

Vorgeschmack

Der örtliche und der Moskauer Protest gegen ein ukrainisch-amerikanisches Manöver auf und vor der Krim geben einen Vorgeschmack auf das, was über dem Präsidenten Juschtschenko niedergeht, wenn es ernst wird: wenn er an die Tür der Nato klopft und die ihm geöffnet wird. Sollte die Ukraine zur Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz eingeladen werden, wird es nicht nur im Land selbst ruppig zugehen zwischen Westlern und den Moskau zugewandten Kräften; auch im Verhältnis Rußlands zum Westen wird eine ungemütliche Wetterlage eintreten. [...] Wenn die militärische Zusammenarbeit mit der Ukraine intensiviert werden soll, muß der Westen sensibel für russische Sorgen sein, ohne dabei seine Belange russischen Machtansprüchen zu opfern.

RFE/RL Newsline (Prag), 2.6.2006

Endnote: Zwischenlandung der US Marine löst Anti-NATO Proteste in der Ukraine aus

(Von Jan Masymiuk)

[...] Der Protest in Feodosija könnte die Chancen der Ukraine auf wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur NATO Mitgliedschaft noch in diesem Jahr behindern. Einige offizielle Stimmen in Kiew, einschließlich [Außenminister] Tarasjuk, hoffen, dass der Ukraine beim NATO Gipfel im November in Riga ein Membership Action Plan angeboten wird. Solch ein Plan ist gewöhnlich der letzte Schritt vor einer offiziellen Einladung zur Mitgliedschaft. Der Ausbruch der Anti-NATO-Stimmung in Fedosija wird die Zustimmung der NATO Mitgliedsstaaten zu dieser Idee schwerlich vergrößern.

Meinungsumfragen der letzten Jahre zeigen, dass das offizielle Verlangen der NATO beizutreten von 15 bis 20% der Ukraine entschieden unterstützt wird und von 55 bis 60% entschieden abgelehnt wird. Es scheint ein informelles Übereinkommen zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und der Opposition zu geben, dass über den möglichen NATO Beitritt der Ukraine in einem nationalen Referendum entschieden werden sollte. Der Zeitpunkt des Referendums ist aber umstritten.

Die russlandnahe Opposition würde es gerne so schnell wie möglich durchführen, solange die Ukrainer wahrscheinlicher nein als ja sagen werden. Juschtschenko erklärt, dass das Referendum „rechtzeitig“ abgehalten werden sollte, nennt aber kein konkretes Datum.

Action Ukraine Report (Washington), 4.6.2006

Ein Kommentar zur NATO Debatte (Von Martin Nunn)

Das jüngste Debakel über das gemeinsame NATO-Ukraine Manöver Seebrise-2006 kann in zweierlei Hinsicht gesehen werden, erstens als ein weiteres Beispiel, wie sich die Regierung selber in einer Weise ins Knie schießt, die nur als Naivität beschrieben werden kann und zweitens als Beleg für die fast totale Blindheit gegenüber der öffentlichen Meinung, die an Unverantwortlichkeit grenzt.

Sollten wir der ukrainischen Regierung Vorwürfe machen? Offen gesagt, nein. Die ukrainische Regierung unternimmt konkrete Schritte, um das gesamte System der Öffentlichkeitsarbeit und der internationalen Zusammenarbeit zu verbessern. Aber dies braucht seine Zeit, da Einstellungen und Mentalitäten geändert werden müssen, bevor das System effektiv arbeiten kann. Das selbe gilt aber nicht für die NATO.

In der NATO sind einige der am weitesten entwickeltesten Länder der Erde mit Zugang zu den besten PR- und Kommunikationsexperten, die es heute gibt und trotzdem geraten wir in eine Situation, wo ein amerikanisches NATO Schiff in den Hafen einer pro-russischen Enklave direkt an der ukrainisch-russischen Grenze einläuft, wo es offensichtlich schon Spannungen ohne Vorwarnungen und öffentliche Vorbereitungen gegeben hat. Das ist nicht unverantwortlich, das ist blinde Arroganz. [...]

Was hat die NATO getan, um die Befürchtungen ganzer Generationen zu beruhigen, die aufgezogen wurden, die NATO als das ultimative Böse zu sehen, oder um die jüngeren Ukrainer zu informieren, die die Rhetorik der Vergangenheit nicht kennen? Die Antwort ist: absolut gar nichts, außer Kriegsspiele in einer Dimension durchzuführen, die in Westeuropa nicht erlaubt ist.

Chronik
Vom 23. Mai bis zum 12. Juni 2006

23.5.2006	Zum Abschluss ihre Kiewer Gipfeltreffens unterzeichnen die Präsidenten der GUAM-Länder (Georgien, Ukraine, Azerbaijan und Moldowa) eine Deklaration zur Gründung einer Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung sowie zur Schaffung einer Freihandelszone. Der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko wird zum ersten Generalsekretär der GUAM gewählt.
23.5.2006	Der ukrainische Wirtschaftsminister Arsenij Jazenjuk fordert die G8-Staaten in einem Interview mit der Financial Times auf, Russland zur Beibehaltung des zum Jahresanfang vereinbarten Erdgaspreise von 95 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter für die Ukraine zu bewegen. Der von Russland geforderte Preis von 230 US-Dollar würde zu einem Rückgang des BIP um 6% bis 7% und zu einem Anstieg der Inflation um 25% bis 30% führen.
24.5.2006	Eine Protestaktion der Gewerkschaften gegen die Erhöhung der Wohnungsnebenkosten (insbesondere Strom und Gas) hat in Kiew etwa 10.000 Teilnehmer.
25.5.2006	Das am 26. März gewählte Parlament tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Gemäß der zum Jahresanfang in Kraft getretenen Verfassungsänderungen kann der Präsident das Parlament auflösen, wenn es nicht innerhalb von 30 Tagen eine Mehrheit und innerhalb von 60 Tagen eine Regierung bildet. Auf Antrag von Block Timoschenko, Unsere Ukraine und Sozialisten wird die Sitzung auf den 7.6.2006 vertagt. Bis dahin wollen die drei Parteien sich auf die Bildung einer Mehrheit einigen.
29.5.2006	Vertreter der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des Blocks Witrenko beginnen eine mehrtägige Blockade des Hafens von Feodosija in Protest gegen die Landung eines von der US-Marine gecharterten Transportschiffes. An der Blockade beteiligen sich zeitweise mehrer Hundert Menschen. In einer Sondersitzung erklärt der Stadtrat Feodosija zu einer NATO-freien Zone.
1.6.2006	Die ukrainische Regierung will den Erdgaspreis für Privatverbraucher Medienberichten zufolge zum 1.7.2006 auf 82 US-Dollar erhöhen. Die Ukraine importiert im ersten Halbjahr 2006 Erdgas zum Preis von 95 US-Dollar. Für Juli hat Russland eine Preiserhöhung angekündigt.
2.6.2006	Demonstranten protestieren mit Straßenblockaden gegen die Anreise zusätzlicher amerikanischer Marine-Reservisten, die beim Bau der Truppenunterkünfte bei Feodosija helfen sollen. Die amerikanische Botschaft erklärt, dass sich insgesamt 200 Reservisten auf der Krim befinden, die ausschließlich an Baumaßnahmen beteiligt sind. Die Sozialisten, die derzeit an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind, fordern die Entlassung des Verteidigungsministers, dem sie Kompetenzüberschreitung und die Anheizung politischer Konflikte vorwerfen.
6.6.2006	Das Parlament der Krim erklärt die autonome Region zur NATO-freien Zone. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass dies nichts an der vereinbarten Kooperation mit der NATO ändern werde.
6.6.2006	Das ukrainische Verteidigungsministerium erklärt erneut, dass die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim unautorisiert ukrainische Infrastruktur nutze und kündigt „transparente und intensive Verhandlungen“ an.
7.6.2006	Das Parlament kommt zur Fortsetzung der am 25.5. vertagten konstituierenden Sitzung zusammen. Auf Antrag der drei in Koalitionsverhandlungen befindlichen Parteien Block Timoschenko, Unsere Ukraine und Sozialisten, wird die Sitzung gleich wieder auf den 14.6. vertagt. Ein Versuch von Vertretern der Oppositionsparteien, die Abstimmung durch die Ausschaltung des elektronischen Stimmabgabesystems zu verhindern, ist nicht erfolgreich.
8.6.2006	Die US-Botschaft in Kiew erklärt, dass sich an Bord des in Feodosija gelandeten Transportschiffes auch leichte Waffen befinden, die zur Verwendung in gemeinsamen Manövern vorgesehen sind.
8.6.2006	US-Präsident George Bush sagt seine geplante Ukrainereise ab. Sein Sprecher erklärt, die Reise solle zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.
10.6.2006	Die Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition zwischen Block Timoschenko, Unsere Ukraine und den Sozialisten werden abgebrochen. Grund ist nach Angaben von Unsere Ukraine das Beharren der Sozialisten auf dem Posten des Parlamentssprechers. Unsere Ukraine als zweitgrößter Koalitionspartner beansprucht den Posten für sich, da der Block Timoschenko als größter Partner die Ministerpräsidentin stellen soll.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de